

konkreten *Anliegen*, ihren *Organisationsformen*, ihren *Adressaten*, ihrem *Aktionsbereich* und ihren *Strategien* beträchtlich voneinander.

2. *Typologie der B.*: Ein wichtiges Kriterium für die Typisierung von B. stellt die Abgrenzung zwischen solchen Gruppen dar, die Problemlösungen auf dem Wege der → *Selbsthilfe* anstreben, und solchen, die – ähnlich wie traditionelle → *Interessenverbände* – die Erfüllung ihrer Forderungen durch das → *politische System* verlangen. In den Vereinigten Staaten spielen Selbsthilfegruppen traditionell eine große Rolle, in Westeuropa dominieren auf Grund der andersartigen kulturellen Bedingungen Initiativgruppen mit Ansprüchen an das politische System. Die Forderungen der B. richten sich entweder auf *lokale* oder auf *überlokale* Entscheidungsträger. Während sich die ersten in der Bundesrepublik entstandenen B. mehrheitlich auf der lokalen Ebene betätigten, ist seit der Mitte der siebziger Jahre ein deutlicher Bedeutungsgewinn überlokal ausgerichteter Aktionsgruppen feststellbar.

Mit dieser Veränderung in den Adressaten der Forderungen ging auch ein Wandel in der Organisationsstruktur und in den Organisationszielen einher. Die Mehrzahl der B. der ersten Generation (Thaysen) waren *zeitlich befristete* Aktionsgruppen mit einer *sachlich begrenzten* Zielsetzung, einer lockeren, *wenig formalisierten Organisationsstruktur* und *ohne* umfassendes *ideologisch-programmatisches Fundament*. Die überlokal tätigen Initiativen der zweiten Generation sind demgegenüber *verbandsförmige Dauerorganisationen*, die sich den *ideologischen Zielen* der *Alternativkultur* verpflichtet fühlen und sich als Teil einer → *sozialen Bewegung* verstehen. Dieser Wandel im Selbstverständnis der B. zog eine Verlagerung des Aktionsschwerpunktes und einen Bedeutungsverlust lokaler Einweck-Aktionen mit konkretem Problembezug zugunsten von Organisationen mit umfassenden und dauerhaften politischen Zielen (Frieden, Umweltschutz, Frauenemanzipation) nach sich.

### Bürgerinitiativen

1. *Begriffliche Klärung*: Als B. bezeichnet man Zusammenschlüsse von Personen, die das Ziel verfolgen, ein mehr oder weniger konkretes gesellschaftliches oder politisches Problem einer Lösung zuzuführen. Diese allgemeine Definition ist zweckmäßig, weil sich ganz verschiedenartige Zusammenschlüsse der Bez. B. bedienen. Sie unterscheiden sich in ihren

3. *Die Mitarbeit in B. als spezifische Form politischer → Partizipation:* Die Betätigung in B. stellt eine spezifische Form politischer Beteiligung, d.h. der Einflußnahme von → Bürgern auf Personal- oder Sachentscheidungen des politischen Systems dar. Im Unterschied zur Teilnahme an → Wahlen vollzieht sie sich als *kollektive* Aktivität. Von der Betätigung in anderen politischen Organisationen wie den → Parteien oder Interessenverbänden unterscheidet sie sich durch die *organisatorischen Besonderheiten* der B.: Im Gegensatz zu den politischen Parteien streben die B. i.d.R. keine Kontrolle über die → Regierung und die Parlamentsmehrheit an. Die zwischen den B. und traditionellen Interessenverbänden bestehenden Unterschiede lassen sich nicht allgemein beschreiben. Sie hängen von den sachlichen Zielen und der organisatorischen Beschaffenheit der B. ab. Die meisten überregional agierenden Initiativen weisen den Interessenverbänden vergleichbare Merkmale auf und bieten dem einzelnen Mitglied nur begrenzte unmittelbare Partizipationsmöglichkeiten. Im Unterschied dazu verfügen die Mitglieder von Initiativgruppen mit einem sachlich und zeitlich begrenzten Ziel und einer lockeren Organisationsstruktur i. allg. über größere direkte Einflußmöglichkeiten auf die → Politik ihrer Gruppe.

4. *Entstehung:* Während B. in den Vereinigten Staaten schon lange zu den etablierten Formen politischer Beteiligung gehören, traten sie in der Bundesrepublik erst gegen Ende der 60er Jahre und Anfang der 70er Jahre in größerer Zahl auf. Wie in den USA war ihr typisches Aktionsfeld zunächst die → Kommunalpolitik. B. bildeten sich zum Zweck der Einflußnahme auf die → Stadtplanung/→ Bauleitplanung, auf die Lösung von Verkehrsproblemen oder mit dem Ziel, Verbesserungen in der sozialen und kulturellen → Infrastruktur von → Kommunen herbeizuführen. Von Anfang an kam *umweltpolitischen Zielen* im Tätigkeitsfeld der B. eine hervorgehobene Bedeutung zu. Im Bundestagswahlkampf 1972 entstanden die ersten → *Wählerinitiativen*.

Mit der zunehmenden Sensibilisierung der Bevölkerung für Umweltprobleme konzentrierten sich die Aktivitäten der B. immer mehr auf umweltpolitische Fragen. Damit vollzog sich zunehmend eine Einbindung der zuvor isoliert agierenden lokalen Einzelinitiativen in eine überregional auftretende Umweltbewegung. Im Juni 1972 wurde in Frankfurt der → Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gegründet, der in der Folgezeit v.a. durch seine überregional koordinierten Massenaktionen gegen den Bau von Kernkraftwerken auf sich aufmerksam machte. Die Umweltbewegung fungierte als Kristallisationskern der → „Neuen Sozialen Bewegungen (NSB)“, als deren einflußreichste Zweige heute die → Friedensbewegung und die → Frauenbewegung anzusehen sind. Darüber hinaus bemühen sich NSB um die Artikulation außerordentlich heterogener Anliegen, etwa der Probleme der älteren Bevölkerung (Graue Panther), der Ausländer, der Arbeitslosen oder der Homosexuellen. Mit der Gründung der → Grünen im Jahre 1980 erhielt die Bürgerinitiativ- und Alternativbewegung eine parteipolitische Repräsentanz, der seit 1979 der Einzug in den → Bundestag, acht → Landtage und zahlreiche Kommunalparlamente gelang.

5. *Aktuelle Bedeutung des Engagements in B.:* Die ersten empirischen Arbeiten legten sehr unzuverlässige und weit auseinandergehende Schätzungen über das Anhänger- und Aktivistenpotential der B. vor. Mit der zunehmenden Institutionalisierung dieser Form politischer Betätigung interessierte sich auch die professionelle → empirische Sozialforschung für die B. und NSB. Infolgedessen verfügen wir mittlerweile über vergleichsweise zuverlässige Angaben über die Zahl derjenigen Bundesbürger, die sich in Initiativgruppen betätigen oder dazu bereit sind. Im Jahre 1988 gaben in einer national repräsentativen Erhebung zwölf Prozent der Befragten an, in einer B. mitzuarbeiten oder früher schon einmal mitgearbeitet zu haben. 1980 wurde eine *aktuelle Mitgliedschaftsrate* von einem Prozent ermittelt, jedoch hatten insgesamt sieben Prozent

schon einmal in einer B. mitgearbeitet. Siebzig Prozent erklärten sich unter bestimmten Bedingungen zur Mitarbeit in einer Initiativgruppe bereit.

Das Phänomen der kumulativen politischen Beteiligung ist auch für die Mitarbeit in B. typisch. Wer sich zur Betätigung in einer Initiativgruppe entschließt, ist prinzipiell auch zu anderen Formen politischer Partizipation bereit. Die Mitarbeit in B. begünstigt v.a. die Teilnahme an → unkonventionellen politischen Aktivitäten, mit → konventionellen politischen Aktivitäten hängt sie weniger eng, aber gleichfalls positiv zusammen. Relativ umfassende empirische Informationen liegen mittlerweile auch über die Anhänger und Aktivisten der NSB vor. In den Jahren 1986/1987 bezeichneten sich in drei aufeinanderfolgenden Erhebungen bis zu achtundzwanzig Prozent der Bundesbürger als Anhänger der Friedensbewegung, bis zu dreiundzwanzig Prozent als Anhänger der Antikernkraftbewegung und bis zu dreizehn Prozent als Anhänger der Frauenbewegung. Die Zahl der aktiven Mitarbeiter liegt in allen drei Fällen bei zwei bis drei Prozent (1982/83) und entspricht damit ungefähr der Mitgliederzahl der politischen Parteien. Zwischen den verschiedenen Zweigen der Alternativbewegung besteht eine enge personelle Verflechtung.

**6. Teilnehmerstruktur:** Aktives politisches Engagement ist vornehmlich bei Angehörigen höherer Statusgruppen, insbesondere bei Personen mit einem hohen formalen Bildungsniveau festzustellen. Diese schichtspezifischen Partizipationsmuster gelten im großen und ganzen auch für die B. und NSB. Sie mobilisieren nur in begrenztem Umfang Personen oder Gruppen, die sich nicht auf andere Weise politisch betätigen. In zweierlei Hinsicht unterscheidet sich jedoch die Mitarbeit in B. von wahl- und parteibezogenen Aktivitäten: Sie ist für Frauen und Angehörige jüngerer Altersgruppen offensichtlich besonders attraktiv. Frauen sind unter den B.-Aktivisten praktisch genau so stark vertreten wie Männer, und es gibt in ihren Reihen einen nennenswerten Anteil von Personen unter dreißig Jahren.

**7. Erklärung des Auftretens und der Ausbreitung von B.:** Nachdem das Auftreten der B. und Alternativbewegung zunächst vorzugsweise auf eine → Krise der kapitalistischen Gesellschaft und ihres politischen Überbaus zurückgeführt wurde, setzte sich mittlerweile eine stärker tatsachenorientierte Auseinandersetzung mit dem Auftreten der B. und der NSB durch, die die Erklärung dieser Phänomene zudem in den Gesamtzusammenhang des Partizipationsverhaltens der Bundesbürger bzw. der → Bürger westlicher → Demokratien stellt. Demnach stellt sich das Engagement in B. als spezieller Aspekt eines umfassenderen politischen Prozesses, der „partizipatorischen → Revolution“, dar. Als ihre maßgeblichen Ursachen nimmt man die Zunahme des Bildungsniveaus, die verbesserten Möglichkeiten zum Erwerb und zum Austausch politischer Informationen an. In der Bundesrepublik kam die schrittweise Gewöhnung der Bevölkerung an die → Normen demokratischer → Politik als weiterer Erklärungsfaktor hinzu. Auf Grund dieser sozialen und politischen Veränderungen stieg das politische Selbstwertgefühl der Bürger, ihr politisches → Interesse, ihre Problemsensibilität und ihre Handlungsbereitschaft. Die Krisentheoreme lassen sich dagegen empirisch allenfalls teilweise bestätigen. Eine überdurchschnittliche Unzufriedenheit der Mitglieder und Anhänger von B. und der NSB ist empirisch allenfalls vereinzelt nachweisbar.

Eine besondere Bedeutung für die Erklärung des → Protestpotentials in westlichen Demokratien – und damit auch der Aktivitäten der B. und der NSB – kommt dem Wandel der politischen *Wertorientierungen* der Bevölkerung zu. In zahlreichen empirischen Untersuchungen konnte nachgewiesen werden, daß in allen westlichen Demokratien insbesondere die junge akademisch gebildete Bevölkerung den → Werten ‚individuelle Selbstverwirklichung‘ und ‚politische → Gleichheit‘ den Vorrang vor traditionellen Leistungs-, Sicherheits- und Ordnungswerten einräumt. Die Differenzierung der sozialen Wertorientierungen führte zu einer Aufwer-

tung der politischen Aktivität und sie stärkte die Bereitschaft, zur Durchsetzung der eigenen politischen Vorstellungen das gesamte verfügbare Spektrum politischer Aktionsmöglichkeiten auszuschöpfen. Personen mit postmaterialistisch-alternativen Wertvorstellungen bilden die Kerngruppe der B.bewegung.

*8. Funktionen der B. im politischen Prozeß:* Die Funktionen der B. im politischen System unterscheiden sich nicht grundsätzlich von denen der Interessenverbände. Ihre Teilnahme am politischen Willensbildungsprozeß ist durch das Recht zur freien Meinungsäußerung, das → Versammlungs- und das → Koalitionsrecht abgedeckt. Einen privilegierten Status gegenüber traditionellen politischen Organisationen räumt ihnen die Verfassungsordnung des → Grundgesetzes ebenso wenig ein wie das Recht, an Stelle demokratisch gewählter Organe Entscheidungskompetenzen auszuüben. Ihre wichtigsten Aufgaben bestehen in der *Thematisierung von Entscheidungsproblemen*, in der *Information* politischer Entscheidungen und in der öffentlichen *Kontrolle* der politischen Führung. In dieser Hinsicht ergänzen sie das traditionelle System der → Interessenpolitik und bringen Themen auf die politische Tagesordnung, die die politischen Parteien und die Interessenverbände auf Grund ihrer spezifischen Klientelorientierung und ihrer schwerfälligen Organisationsstruktur vernachlässigen oder nur verzögert aufgreifen.

*Lit.: O. W. Gabriel:* Politische Partizipation und kommunale Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B29/88, 15. Juli 1988, S. 3-20; *B. Guggenberger/U. Kempf* (Hrsg.): Bürgerinitiativen und repräsentatives System, 2. Auflage, Opladen 1984; *K. D. Opp* u.a.: Soziale Probleme und Protestverhalten, Opladen 1984; *F. U. Pappi:* Die Anhänger der neuen sozialen Bewegung im Parteiensystem der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B26/89, 23. Juni 1989, S. 17-27.

*Prof. Dr. Oscar W. Gabriel, Bamberg*